



N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 36. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. November 2018, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Annabell Krämer (FDP)

Jörg Nobis (AfD)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | | Seite |
|----------------------|--|--------------|
| 1. | Bericht der Landesregierung zum Einsatz von Derivaten im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements | 5 |
| | Berichtsantrag der SPD-Fraktion Umdruck 19/1301 | |
| | Bericht des Finanzministeriums Umdruck 19/1499 | |
| 2. | Einrichtung einer Taskforce zur Umsetzung von IMPULS 2030 | 6 |
| | Bericht der Landesregierung Drucksache 19/784 | |
| 3. | Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2018 bis 2022, Finanzplan Fortschreibung 2023 bis 2028 und Bericht der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits gemäß Artikel 67 Landesverfassung | 7 |
| | Bericht der Landesregierung Drucksache 19/942 | |
| 4. | a) Bericht der Landesregierung zu Problemen bei der Gehaltsabrechnung über KoPers | 8 |
| | Antrag der SPD-Fraktion Umdruck 19/1487 | |
| | Vorabinformation des Finanzministeriums Umdruck 19/1467 | |
| | b) Sachstandsbericht des Finanzministeriums zur Einführung von KoPers/Entgelt | 8 |
| | Umdruck 19/1488 | |
| 5. | a) Bericht der Finanzministerin zur Überwachung der Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 durch den Stabilitätsrat | 10 |
| | b) Erarbeitung eines Altschuldentilgungsplans Generationengerechtigkeit leben – Schuldentilgungsplan entwickeln | 10 |
| | Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/591 | |
| 6. | Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2016 | 11 |
| 7. | Klare Regeln für Vermietung von Ferienunterkünften über Buchungsportale | 12 |
| | Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/930 | |

| | | |
|------------|---|-----------|
| | Fairer Wettbewerb bei der Vermietung von Ferienunterkünften | 12 |
| | Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/Die Grünen und FDP Drucksache 19/979 | |
| 8. | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften | 13 |
| | Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/746 | |
| | Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/790 | |
| | Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/1455 | |
| | Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/1532 | |
| 9. | Information/Kennntnisnahme | 14 |
| | Umdruck 19/1377 - Beschlüsse der 30. Veranstaltung „Altenparlament“ Umdruck 19/1480 - Veranlagung von Alterseinkünften vertraulicher Umdruck 19/1291 - Regionalisierungsmittel vertraulicher Umdruck 19/1361 - Verkehrsvertrag Netz Nord vertraulicher Umdruck 19/1439 und Umdruck 19/1495 - Scanverfahren für Papiersteuererklärungen | |
| 10. | Verschiedenes | 15 |
| 11. | HSH Nordbank AG | 16 |
| | - HSH Nordbank AG Konzernergebnis 1. Halbjahr 2018 Umdrucke 19/1340, 19/1341 und vertraulicher Umdruck 19/1375 - hsh finanzfonds AöR Bericht Q 1 2018 vertrauliche Umdrucke 19/1418 und 19/1508 - hsh portfoliomanagement AöR Berichte Q 1 und Q 2 2018 vertrauliche Umdrucke 19/1202 und 19/1394 - Stand des Privatisierungsverfahrens | |

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt. Einstimmig beschließt der Ausschuss, die [Umdrucke 19/1361](#) (Verkehrsvertrag Netz Nord), 19/1375, 19/1394, 19/1418, 19/1508 (HSH Nordbank) und 19/1439 (Scanverfahren Steuererklärung) vertraulich zu behandeln und geheim zu halten.

1. Bericht der Landesregierung zum Einsatz von Derivaten im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements

Berichts Antrag der SPD-Fraktion
[Umdruck 19/1301](#)

Bericht des Finanzministeriums
[Umdruck 19/1499](#)

Herr Jungk, Leiter des Referats Kredit- und Zinsmanagement, Schulden- und Derivatverwaltung im Finanzministerium, berichtet über den Einsatz von Derivaten im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements des Landes (siehe Anlage 1). Auf Bitten von Abg. Raudies sagt er zu, den Aufwand für Zinssicherung für die Jahre ab 2013 im Jahresbericht zu beziffern.

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Umdruck 19/1499](#) zur Kenntnis.

2. Einrichtung einer Taskforce zur Umsetzung von IMPULS 2030

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/784](#)

(überwiesen am 27. September 2018 zur abschließenden Beratung)

Abg. Raudies bittet die Landesregierung darum, den Finanzausschuss jährlich über die Ergebnisse der Arbeit der Taskforce zu unterrichten.

Finanzministerin Heinold sagt dies zu und kündigt an, dem Landtag Anfang 2019 einen Infrastrukturbericht und Mitte 2020 einen weiteren Bericht vorzulegen. Sodann berichtet sie über die Arbeit der Taskforce, mit deren Unterstützung man hoffe, bis Ende des Jahres 80 % der geplanten Baumaßnahmen umsetzen zu können (siehe Anlage 2).

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Drucksache 19/784](#) abschließend zur Kenntnis.

3. Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2018 bis 2022, Finanzplan Fortschreibung 2023 bis 2028 und Bericht der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits gemäß Artikel 67 Landesverfassung

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/942](#)

(überwiesen am 27. September 2018 zur abschließenden Beratung)

Abg. Raudies vermisst im Finanzplan Aussagen zum Schuldentilgungsplan und zur Vorsorge für eine von der Regierung angekündigte Besoldungsstrukturreform.

Finanzministerin Heinold kündigt an, dem Landtag im Frühjahr 2019 einen Plan zur Altschuldentilgung vorzulegen. Im Haushaltsentwurf 2019 habe man Vorsorge für eine dreiprozentige Tarif- und Besoldungssteigerung getroffen und in Einzelplan 11 eine Summe von 5 Millionen € für strukturelle Verbesserungen bei der Bezahlung bestimmter Berufsgruppen (Ingenieure) eingestellt. Das Haushaltsjahr 2018 werde man infolge der Belastungen durch die HSH Nordbank mit einem hohen Defizit abschließen.

Der Ausschuss nimmt [Drucksache 19/942](#) abschließend zur Kenntnis.

4. a) Bericht der Landesregierung zu Problemen bei der Gehaltsabrechnung über KoPers

Antrag der SPD-Fraktion

[Umdruck 19/1487](#)

Vorabinformation des Finanzministeriums

[Umdruck 19/1467](#)

b) Sachstandsbericht des Finanzministeriums zur Einführung von KoPers/Entgelt

[Umdruck 19/1488](#)

Finanzstaatssekretärin Dr. Schneider berichtet, seit der Einführung von KoPers Entgelt im Juli 2018 (zusätzlich 23.000 Zahlungsvorgänge monatlich und 2.000 Nutzer) laufe das System nicht rund, längere Offline-Zeiten hätten dazu geführt, dass sich Rückstände aufgebaut hätten. In den letzten drei Monaten sei es im Lehrkräfte- und Hochschulbereich zu Verzögerungen bei der Auszahlung von Gehältern gekommen (hohe Einstellungszahlen, verspäteter Eingang der AP-Vordrucke, Langsamkeit des Systems). Im August 2018 seien die Gehälter von 600 Personen, im September von 1.000 Personen und im Oktober von 1.100 Personen vier bis sieben Tage verspätet gezahlt worden. Auch bei der Zahlung von Zulagen für Tarifbeschäftigte komme es zu Verzögerungen. Für etwaige Zinsschäden der Betroffenen stehe das Land ein. Man habe seit 14 Tagen ein „stabiles“ System und hoffe, im März 2019 „im grünen Bereich zu sein“. Man habe am 17. Oktober 2018 einen Letter of Intent unterschrieben und eine Kooperationsvereinbarung mit einem differenzierten Maßnahmenkatalog geschlossen, um die Abrechnungssoftware zum Laufen zu bringen und Rückstände abzubauen. Härtefälle würden vorrangig bearbeitet.

Die Staatssekretärin macht deutlich, dass die Softwarefirma P&I für die Systemschwäche verantwortlich sei, das Land alles in seinen Kräften Stehende tue, dass die Abrechnung funktioniere, und sie den Finanzausschuss weiter transparent und zeitnah unterrichten werde.

Abg. Raudies hätte sich eine frühere Information des Finanzausschusses während der Haushaltsberatungen in der letzten Woche gewünscht. Sie thematisiert die Punkte Höhe der Rückstände, Zulagen, anstehende Zahlung des Weihnachtsgelds, Abrechnungssystem der Kommunen und Zeitpunkt der Umstellung auf KoPers Entgelt.

Staatssekretärin Dr. Schneider hält die Entscheidung für richtig, KoPers Entgelt zum 1. Juli 2018 eingeführt zu haben. In Hamburg habe es keine Probleme mit der Einführung gegeben (10.000 Personen). Das System KoPers Kommunen sei nicht vergleichbar. Ungefähr 1.800 bis 2.000 Personen hätten ihre Zulagen verspätet erhalten.

Herr Wollesen, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, fragt, welche konkreten Maßnahmen vereinbart worden seien, um Rückstände abzubauen und Fehler zu beseitigen, und regt an, den Finanzausschuss über eine regelmäßige und zeitnahe Berichterstattung auf dem Laufenden zu halten.

Staatssekretärin Dr. Schneider sagt zu, den Ausschuss über die Vereinbarung zwischen Dataport, P&I und dem Land schriftlich zu unterrichten. P&I müsse dafür sorgen, dass die Produktion (Auszahlungsvorgänge) stabil laufe.

Herr Stöcker, Leiter der Allgemeinen Abteilung im Finanzministerium, ergänzt, die problemlose schrittweise Einführung des Systems in Hamburg und die Erfahrungen mit der Einführung der Module für Versorgung und Besoldung (monatlich rund 80.000 Zahlungsfälle) hätten das Land ermutigt, KoPers Entgelt zum 1. Juli 2018 einzuführen, aber die Summe von rund 100.000 Zahlungsfällen scheine das System zu überfordern. Die Einführung neuer Zulagen im Beamtenbereich habe ebenfalls zu Verzögerungen geführt, weil P&I die entsprechende Programmierung nicht rechtzeitig fertiggestellt habe.

Staatssekretärin Dr. Schneider teilt mit, damit die Sonderzahlungen funktionierten, habe das DLZP ein Sonderteam zusammengestellt. Von 23.000 Tarifbeschäftigten seien rund 15.000 sonderzahlungsberechtigt. Davon habe man bei 2.800 Personen Probleme identifiziert, die jetzt händisch abgearbeitet würden.

Finanzministerin Heinold macht abschließend deutlich, dass man bei KoPers trotz großer Anstrengungen aller Beteiligten auch in Zukunft mit Unwägbarkeiten rechnen müsse.

Der Finanzausschuss nimmt die [Umdrucke 19/1467](#) und 19/1488 zur Kenntnis und bittet die Landesregierung, ihn auf dem Laufenden zu halten.

5. a) Bericht der Finanzministerin zur Überwachung der Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 durch den Stabilitätsrat

Finanzministerin Heinold berichtet kurz über den Fahrplan (Anlage 3). Es sei vorgesehen, die Verhandlungen auf Arbeitsebene am 15. November 2018 abzuschließen. Der Stabilitätsrat tagt am 6. Dezember 2018.

**b) Erarbeitung eines Altschuldentilgungsplans
Generationengerechtigkeit leben – Schuldentilgungsplan entwickeln**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/591](#)

Ministerin Heinold führt kurz in die Thematik ein (Anlage 4) und fragt den Ausschuss, ob sie ihn im ersten Quartal 2019 den Entwurf eines Maßnahmenplans oder verschiedene Szenarien als Beratungsgrundlage vorlegen solle.

Der Finanzausschuss kommt überein, die Beratungen darüber am 8. November 2018 fortzusetzen.

**6. Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr
2016**

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, dem Landesrechnungshof für das Haushaltsjahr 2016 Entlastung zu erteilen.

7. Klare Regeln für Vermietung von Ferienunterkünften über Buchungsportale

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/930](#)

Fairer Wettbewerb bei der Vermietung von Ferienunterkünften

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/Die Grünen und FDP

[Drucksache 19/979](#)

(überwiesen am 26. September 2018 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Auf Vorschlag von Abg. Raudies bittet der Finanzausschuss den federführenden Wirtschaftsausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/746](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/790](#)

(überwiesen am 14. Juni 2018 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/1455](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/1532](#)

hierzu: [Umdrucke 19/1248, 19/1272](#) (neu 2. Fassung), 19/1280, 19/1282, 19/1284 (neu), 19/1285, 19/1287

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW wird der SPD-Änderungsantrag [Drucksache 19/790](#) abgelehnt.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition wird der SPD-Änderungsantrag [Umdruck 19/1455](#) ebenfalls abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung von AfD und SSW wird der Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 19/1532](#), angenommen.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und SSW bei Enthaltung der SPD empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 19/746](#) mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

9. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 19/1377](#) - Beschlüsse der 30. Veranstaltung „Altenparlament“

[Umdruck 19/1480](#) - Veranlagung von Alterseinkünften

vertraulicher [Umdruck 19/1291](#) - Regionalisierungsmittel

vertraulicher [Umdruck 19/1361](#) - Verkehrsvertrag Netz Nord

vertraulicher [Umdruck 19/1439](#) und [Umdruck 19/1495](#) - Scanverfahren für Papiersteuererklärungen

Die Beratung wird aus Zeitgründen vertagt.

10. Verschiedenes

Die nächste Finanzausschusssitzung findet am 8. November 2018 statt.

11. HSH Nordbank AG

- HSH Nordbank AG Konzernergebnis 1. Halbjahr 2018
[Umdrucke 19/1340](#), [19/1341](#) und vertraulicher [Umdruck 19/1375](#)
- hsh finanzfonds AöR Bericht Q 1 2018
vertrauliche [Umdrucke 19/1418](#) und 19/1508
- hsh portfoliomanagement AöR Berichte Q 1 und Q 2 2018
vertrauliche [Umdrucke 19/1202](#) und 19/1394
- Stand des Privatisierungsverfahrens

Finanzstaatssekretär Dr. Nimmermann bekräftigt, man strebe das Closing noch in diesem Jahr an.

Herr Gatzke, Finanzvorstand der HSH Nordbank AG, stellt das Halbjahresergebnis der Bank vor, [Umdruck 19/1341](#).

Im Folgenden tagt der Finanzausschuss vertraulich weiter.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer